

Die „Volkswocht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Exposition, Neue Hauptstr. 2/8,
und durch Kolportageur zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 75 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
incl. ins Haus M. 2.95,
wo keine Post am Orte, M. 3.31.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Informationen über
Bestand für die einwöchige
Goldwoche oder deren Raum
25 Pfennige,
für Artikel, Briefe, und
Beratungsbüro
15 Pfennige,
Ausdrücke 25 Pf.
Anträge für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 154.

Breslau, Dienstag, den 5. Juli 1910.

21. Jahrgang.

Militaria.

Ein früherer Offizier schreibt uns:

Der bayerische Landtag, der noch immer an der Arbeit ist, weil er nur alle zwei Jahre einberufen wird, hat neulich ein lustiges Intermezzo erlebt. In besagtem Landtag haben sich die Nationalliberalen und die Demokraten — letztere bestehen aus einem oder gar drei Männlein — zu einem Bunde zusammengefunden. Das Haupt der demokratischen Fraktion bildet der Titularprofessor Dr. Cuidde, der seiner Zeit durch seine vielbesprochene Broschüre „Caligula“ bekannt geworden ist. Herr Cuidde hat sich nun vor vielen Jahren als besondere Sparte den Kampf gegen den Militarismus erwählt und auch einmal eine sehr leserwerte Flugchrift „Der Militarismus im Deutschen Reich“ herausgegeben. Dieser hinderle ihn das nicht, sich im Jahre 1907 dem „Völkchen“ anzuschließen, der sich durch ganz besondere Militärförderung auszeichnete. Aber neulich bekam er im Landtag einen schweren Rückfall in seine alten Sünden und daher donnerte er gegen das Reserveoffiziersamt und seinen Einfluß auf das Zivilleben los. Da wurden die Nationalliberalen ordentlich verschupst und sofort schickten sie ihren Häuptling, den Abgeordneten Casselmann, Bürgermeister von Vayreuth und wegen seiner vielen Baderln vor Frau Cosima Wagner auch Cosimer genannt, ins Feld, der im Namen der ganzen nationalliberalen Fraktion feierlich Protest gegen die Worte seines demokratischen Bundesbruders einlegte. Besonders scharf wandte er sich gegen Cuiddes Ansicht, daß auch Sozialdemokraten von der Beförderung zu Reserveoffizieren nicht ausgeschlossen werden sollen. Mag ein Sozialdemokrat militärisch noch so lüchlig sein: Zum Offizier darf er nach Herrn Casselmann niemals befördert werden und zwar deswegen, weil er republikanisch denkt. Vielleicht würde Herr Casselmann vor die Wahl gestellt, ob er das Deutsche Reich lieber unter der Führung eines monarchisch gesinnten Generals verhaufen als unter jener eines republikanischen Feldherrn siegen lassen will, sich für das erstere entscheiden.

Wir haben die eigentlich herzlich wurselige und selbstverständliche Episode aus dem bayerischen Landtag ausführlicher behandelt, weil sie sehr lehrreich ist.

Bekanntlich geht in einigen Kreisen das Problem um, auch im Reich eine Koalition gegen Zentrum und Junker zu schaffen. In Baden ist das Kunststück allerdings gelungen, weil hier militärische Dinge im Parlament überhaupt nicht in Betracht kommen, denn Baden besitzt nicht einmal ein eigenes Kriegsministerium. Der Reichstag aber entscheidet über den ganzen Militarismus im Reich und der Kampf gegen diesen gehört zu den besten und wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Die Nationalliberalen aber sind noch eifrigere Schleppenträger des Militarismus als das Zentrum. Durch die wohlbegründete Abneigung der Sozialdemokratie gegen und die Freundschaft der bürgerlichen Linken für den Militarismus würde im Reichstag ein Block zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten großen Gefahren ausgelegt sein. Entweder müßten die Liberalen eine erhebliche Portion ihrer Vorliebe für das heutige Militär opfern oder die Sozialdemokratie müßte eine ihr bisher vollkommen fremde Neigung für den bunten Rock und das, was dazu gehört, fassen. Da letzteres nicht zu erwarten ist, bleibt nur das erstere übrig.

Eine neue Militärvorlage steigt drohend am Horizont auf. Beruhigend wird versichert, sie werde „nur“ 40—50 Millionen im Jahre kosten. Wie billig! Man kann aber auch aus dieser nach der Meinung der hohen Obrigkeit so niederen Summe einen Schluß auf das Kommando ziehen. Die bayerische Armee erfordert im Jahre 70 Millionen an fortwährenden Ausgaben bei einer Präsenzstärke von rund 55,000 Mann. Beansprucht die neue Militärvorlage auch nur 40 Millionen pro Jahr, so wird daher eine Vermehrung der Präsenzstärke des deutschen Heeres um 30,000 Mann geplant sein. Uebrigens kann eine derartige Vorlage der Sozialdemokratie wenigstens als neues Agitationsmaterial willkommen sein. Es werden dann neue Steuern notwendig sein, die Besitzenden, vor allem die Junkerlein, werden sie nicht zahlen wollen, vielmehr sie wieder den Massen aufbürden und dann käme zur preussischen Wahlrechtsfrage zu den Folgen der Finanzreform, zu der Verbesserung der Hohenzollern auch noch eine neue Schröpfung des Geldbeutels. Man denke zum Beispiel an folgende Zusammenstellung! Die Hohenzollern um 3 1/2 Millionen aufgebessert und die Massen mit neuen Steuern befaßt! Würde man darüber nachdenken, wie es der Sozialdemokratie möglichst bequem gemacht werden kann, könnte man kaum etwas Zugkräftigeres erfinden. Die neue Armeevorlage wird natürlich mit der Notwendigkeit des Ausbaues der Armee begründet werden, denn mit einer Kriegsgefahr sind angesichts der Bevölkerungsziffer Frankreichs und der Aktionsunfähigkeit Russlands keine Geschäfte zu machen. Es werden wieder einmal Organisationsnotwendigkeiten vorgeschützt. Zuerst schafft man schnell Infanterie-Regimenter mit nur zwei Bataillonen, Kavallerie-Regimenter mit nur drei Eskadrons 2c., weil die bösen Franzosen und Russen sich demnächst auf den Kriegspfad begeben werden, und später heißt es: Wir müssen die Infanterie-Regimenter mit zwei Bataillonen und die Kavallerie-Regimenter mit drei Eskadrons

unbedingt auf die normale Höhe von drei Bataillonen bzw. fünf Eskadrons verstärken. So geht es auch mit den anderen Waffen. Die „Feinde ringsum“ sind zwar ganz brav, aber die Organisationsprinzipien fordern auch neue Pioneer, Train, Fuhrartillerie-Formationen. Bald sind es die auswärtigen Netzer des Reiches, die herhalten müssen, dann schreit die Organisation plötzlich wieder, wie ein kleines Kind, das eine schlechte Milch getrunken hat. So ist gründlich dafür gesorgt, daß die Schraube ohne Ende das bleibt, was sie ist.

R. K.

Politische Uebersicht.

Der Aeroplan als Massenmörder.

Aus Hammondport (Newyork) wird gemeldet: Der Sozialist Glenn Curtiss wollte Freitag vor Offizieren die „Nützlichkeit der Aeroplane in einem Seekriege“ nachweisen und ließ auf das ein Kriegsschiff darstellende Ziel zwanzig Bomben niedersinken, von denen achtzehn getroffen haben sollen.

Es wird eine hohe Verwertung für unsere Militärlisten sein, zu erfahren, daß die Verwendbarkeit der neuesten Erfindungen für den Massenmord im Kriege nunmehr garantiert ist. Schiffe, Festungen, Museen, Kirchen, Rathhäuser, Wohnungen und ganze Regimenter von Soldaten, d. h. Tausende von Menschenleben, könnten spielend von der Luft aus umgebracht werden und vielleicht finden sich auch die Pfarrer dazu, die diese „Waffen“ segnen.

Es ist zwar ein Hohn auf Christentum und Kultur — aber schließlich kommt die Technik doch noch soweit, daß sich der Militarismus selbst umbringt. Die Nützlichkeit von Panzerkolonnen und Festungswerken, wird schon jetzt durch die Bomben-Aeroplane sehr in Frage gestellt.

Schwarzblauer Nationalliberalismus.

Die Ernennung des wahrheitsfeindlichen Magdeburger Oberbürgermeisters Dr. Lenze hat das harte Herz der nationalliberalen „Opposition“ erweicht. Aus den Zeitungen, die noch vor wenigen Tagen von wilhem-Kriegsärm rühmten, klingen jetzt die gerührten Stimmen milder Versöhnlichkeit. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sucht den günstigen Augenblick zu erfassen und stellt mit Befriedigung fest:

Bei der parteipolitischen Bewertung dieses letzten Ministerwechsels ist die Presse wesentlich maßvoller gewesen, als bei der Beurteilung der vorangegangenen Veränderungen. Man hat in der liberalen Presse wohl erkannt, daß das bisher benutzte Schema mit den Tatsachen in Widerspruch steht, um unverändert weiter angewandt werden zu können.

„Das bisher benutzte Schema“ registrierte die Veränderungen in der Regierung als Erfolge des schwarz-blauen Bloß und insbesondere des Herrn v. Heydebrand. Das Regierungsblatt findet, daß dieses Schema den Tatsachen nicht entspricht — und wie auf Bestellung fängt auch die „Konservative Korrespondenz“ schon leise zu knurren an: „Im allgemeinen wird man immerhin sagen müssen, daß diese Häufung von Aenderungen in den höchsten Staatsstellen etwas Auffallendes hat.“ Also, was will man mehr? Bethmann-Hollweg hat sein rechtsnational-liberales Herz entdeckt, er rückt vom schwarz-blauen Bloß ab, er umgibt sich mit erleuchteten Staatsmännern vom Schlage der Dallwitz, Lenze und Schorlemer. Zusagen über die unentwegte Fortsetzung der Polenhege — trotz der Bewilligung der Zivilisten durch die widerwärtigen polnischen Kriecher — sind gegeben worden, und in der auswärtigen Politik wird Herr v. Ribbentrop-Wächter aus Bukarest den unter Schoen fast in Vergessenheit geratenen Duellmörder wieder zu Ehren bringen. „Jetzt haben wir einen neuen Beweis dafür“, jubelt die „Magdeburger Zeitung“, „daß das bürgerliche Blut in dem Kanzler wieder lebendig geworden ist.“ Heil uns!

Der Fortschrittspartei wird angesichts dieser deutlichen Rechtschwankung der nationalliberalen Presse: sie weiß nicht wie. Zwar fehlt es auch unter den Linksliberalen längst nicht mehr an Propheten, die einzig und allein im Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie das Heil erblicken, aber so im Sturmschritt wie die Herren Dr. Weber und Konsorten können sie den Anschluß an den schwarz-blauen Bloß doch nicht vollziehen. So kommt es, daß selbst die „Vossische Zeitung“ einen trefflichen Artikel veröffentlicht, in dem klar nachgewiesen wird, daß der neueste Ministerwechsel und seine publizistische Ausnützung nichts anderes als ein Versuch ist, mit konservativem Speck liberale Mäuse zu fangen.

„Die Nationalliberalen“, schreibt das fortschrittliche Blatt, „würden nicht auf den politischen Kampfbühnen, sondern in die politische Kinderstube gehören, wenn sie die Komödie nicht durchschauten. An dem schwarz-blauen Kurs soll nichts geändert werden; man will nur konservativ-liberale Politik mit nationalliberaler Hilfe. Ob auch nur ein Teil der nationalliberalen Partei einsichtig genug ist, sich für solche Pläne einzufangen zu lassen, wird die nächste Zukunft bringen.“

Setzt man statt „nationalliberal“ „freisinnig“ so paßt das alles ganz ausgezeichnet auch auf die Zeit der konservativ-liberalen Paarung und des Blöckchens. Schließlich ist es

doch immer dieselbe Geschichte! Nur in der Fortschrittspartei scheint man allmählich zu begreifen, daß der deutsche Liberalismus durch solche Taktik, wie sie jetzt wieder die nationalliberalen Venzgeschwämmer treiben, zum Gespött geworden ist. Möglich, daß sich diese Einsicht erhält, möglich auch, daß sie wieder verloren geht. Die nächste Zukunft wird es lehren, sagt die „Voss. Ztg.“ Wir sagen: Warten wir es mit Ruhe ab. Will der Liberalismus die Reaktion bekämpfen, so stehen drei bis vier Millionen sozialdemokratischer Soldaten hinter ihm. Beginnt er aber, sich schwarzblau zu verfärben, dann geht unser Weg über seine Leiche, und wir werden seine lachenden Erben und die Steger sein!

Die Kanalisation — als Förderer der Sozialdemokratie. In der „Kreuzzeitung“ untersucht ein Mitarbeiter die Frage, wie es komme, daß namentlich auch in Städten und Dörfern des Ostens die Sozialdemokratie sich in stark aufsteigender Linie beweise. Er findet, daß die Schuld in der Hauptsache an der enormen Höhe der kommunalen Steuern liegt, und die Höhe dieser Steuern führt er darauf zurück, daß die Gemeinde zuviel unnütze Ausgaben mache. Zu diesen unnützen Ausgaben rechnet er in erster Linie die Einführung von Kanalisation. Nach seinen Feststellungen werden in diesem Jahre etwa 20 mittlere und kleine ostdeutsche Städte Kanalisation anlegen und das drängt ihn zu der Frage: „Brauchen diese kleinen Städte von 4000 bis 15000 Einwohnern überhaupt Kanalisation? Wir haben blühende Städte von 20000 bis 50000 Einwohnern, die heute ein gediegenes Abflusssystem, aber noch keine Kanalisation haben; was sollen also diese kleinen Städte damit!“ Der Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“ glaubt also, dem Anwachsen der Sozialdemokratie am besten damit vorbeugen zu können, daß man es unterläßt, in den Städten oder gar auf den Dörfern hygienische Einrichtungen zu treffen, nur weil diese Dinge Geld kosten. Er stellt sich damit auf den Standpunkt, den vor einigen Jahren ein sächsischer Stadtvoater eingenommen hat, der gegen die Errichtung eines städtischen Volkssbades mit dem Hinweis darauf opponierte, daß er in seinem Leben noch nie gebadet und doch dabei alt und fett geworden sei.

Es muß schlimm bestellt sein um die Konservativen, wenn sie zu derartigen Ausgebirten der Hundstagschneise ihre Zuflucht nehmen müssen, um sich das Wachstum der Sozialdemokratie zu erklären.

Die Dresdener Handelskammer gegen die soziale Gesetzgebung. Die fixe Idee, daß das bisherige Sozialreform, das wir in Deutschland haben, die Unternehmer in ihrem Konkurrenzkampf gegen das Ausland benachteilige, hat auch in dem Bericht der Dresdener Handelskammer über das Jahr 1909 Ausdruck gefunden. Es heißt da:

„Der Gesetzgeber hat für die schwierigen Weltbewerber so erhalten, unter denen das deutsche Unternehmertum arbeitet, nicht immer das wünschenswerte Verständnis gezeigt. Statt die Verhältnissebedingungen wenigstens im Inlande nach Möglichkeit zu erleichtern, hat man durch eine zu weit gehende und zu die berechtigten Interessen der Arbeitgeber vielfach nicht Rücksicht nehmende soziale Gesetzgebung die Wettbewerbsfähigkeit noch wesentlich beeinträchtigt. Zu Beginn des laufenden Jahres ist das Gesetz betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung in Kraft getreten, das den regelmäßigen achtstündigen Arbeitstag, sowie den achtstündigen Arbeitstag an Sonn- und Festtagen für Arbeiterinnen einführt und weiter für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter das Mitnehmen von Arbeiten nach Hause verbietet. Diese unbilligen Gesetzesbestimmungen machen es den Arbeitgebern immer schwerer, die Konkurrenz auszuhalten. In der Zukunft drohen den Arbeitgebern von Haus- (Heim-) Arbeitern neue Lasten und Belastungen ihrer wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit durch die Gesetzgebung. Die Neuregelung des sozialen Versicherungswesens wird die Lasten für die deutschen Unternehmer noch ganz bedeutend erhöhen.“

Bekanntlich haben in der Kommission zur Vorbereitung der Neuregelung des sozialen Versicherungswesens die bürgerlichen Vertreter der Unternehmer für die Halbierung der Krankenkassenbeiträge gestimmt, die die Arbeiter gar nicht wollen. Der Haß gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Arbeiter geht aber noch über die Profitsucht der Unternehmer.

Vossungsfreudige Scharfmacher. Herr v. Bethmann-Hollweg genießt momentan das uneingeschränkte Vertrauen der Scharfmacher. Die „Post“ attestiert ihm, daß er nun mit Beginn einer neuen mittelparteilichen Politik eingesetzt habe. Das Scharfmacherblatt meint nämlich:

Tatsächlich scheint diesmal der Ministerwechsel nicht durch persönliche Wünsche und Anregungen, sondern nur von sachlichen politischen Überlegungen veranlaßt zu sein. Das ist ein Fortschritt gegen früher, den wir freudig begrüßen. Wenn diese unsere Annahme, wozu wir guten Grund haben, richtig ist, dann bedarf es der Ministerpräsident von neuem den Versuch zu machen, alle nationalen, mittelparteilichen Elemente zu sammeln zu neuer fruchtbarer Arbeit im Reich und in Preußen. Es ist nur zu wünschen, daß die rechtsstehenden Nationalliberalen, die, wie wir genau wissen, mit der Haltung ihrer Partei bei den letzten großen innerpolitischen Kämpfen durchwegs nicht zufrieden sind, rechtzeitig auf den Plan treten, die Schwärmer für einen national-liberal-fortschrittlich-sozialdemokratischen Bloß — der das Grab des Fortschritts und leider auch der nationalliberalen Partei sein würde — in ihre Bedeutungslosigkeit zurückweisen und dafür sorgen, daß die Partei wieder wie früher, von tüchtigen weiblichen norddeutschen Politikern geführt wird. Anschließt an diese Mittelpartei

werden auch jene katholischen Deutschen... dem demagogischen Treiben des linken... heute in der deutschen Vereinigung...

Die Vorkonkordien scheint die „Post“ schon aufgegeben zu haben, aber umsonst wird sich Herr Veltmann ihres Vertrauens würdig erweisen.

Die große staatsmännliche Kraft. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in einem Nekrolog über den entlassenen Finanzminister v. Rheinbaben folgendes:

„Dr. v. Rheinbaben hat es niemals an sich fehlen lassen, wo es um große Entscheidungen ging: in der finanziellen Verteilung der Mittelinteressen wie bei der Reichsfinanzreform, in der Außenpolitik wie in der Bekämpfung der staatsfeindlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie hat er seine große staatsmännliche Kraft auch über den Rahmen seines Ressorts hinaus in den Dienst des Staates gestellt.“

Und dabei, wie mir hinzusetzen möchten und wie sowohl das Defizit in den Reichskassen und die Nachwahlen besorgen — mit großartigem Erfolg!

Konservative und Zentrum. Der konservative „Reichsbote“ bespricht in seiner Sonntagsnummer in einem längeren Artikel, der sich hauptsächlich gegen die liberalen Parteien richtet, die politische Lage. Er erwähnt dabei auch das Verhältnis der Schwarzen zu den Weißen, indem er schreibt:

„Aber auch die Konservativen müssen einsehen, daß ihnen die Verbindung mit dem Zentrum nicht nützt, sondern ihnen nur den Widerwillen weiter Volksteile aufbringt, weil das Zentrum sich durch seine Verbindung mit den rechtsfeindlichen Parteien, Polen, Dänen, Estländern, Welken, Panikularisten, und durch seine Anhängen mit dem seit Jahrhunderten deutschfeindlichen Vatikan als national unzuverlässig erweisen und dadurch die Antipathie der großen Mehrheit der Nation auf sich gezogen hat.“

Obwohl das fromme Blatt hier unabweislich sich gegen ein Bündnis mit dem Zentrum ausspricht, empfiehlt es in seinen weiteren Ausführungen doch, die konservative Partei möge das Zentrum wenigstens für die Zwecke des Reiches heranzuziehen suchen, nur müße sie dabei ihre konservative nationale Selbständigkeit wahren.

Regelung des Strafprozesses. Seit einiger Zeit sind Arbeiten für eine gesetzliche Regelung des Strafprozesses eingeleitet worden, wofür die einzelnen Bundesstaaten dem Reichspräsidenten entsprechende Material zur Verfügung gestellt haben. Der allem soll die bestehende Konkurrenz der Gesetzentwürfe durch neue Bestimmungen nicht etwa beseitigt, sondern nur herabgedrückt werden. Ferner wird vorwiegend die Hinausschiebung des Strafverfahrens in einer für den Verurteilten günstigeren Weise bei der Neuverurteilung besonders behandelt werden. Dies soll namentlich dann der Fall sein, wenn der Verurteilte vor Eintritt seiner Strafe nachweist, daß er besonders dringende Geschäfte, wie z. B. die Ordnung seiner bürgerlichen Verhältnisse, zu erledigen hat.

Kompromiß zur Reichsversicherungsgesetz. Die „Kreuzzeitung“ bestreitet, daß ein Kompromiß der Konservativen und des Zentrums zur zweiten Lesung der Reichsversicherungsgesetzgebung in der Kommission geplant sei. Gegenüber dem bisher verbreiteten Mitteilungen erklärt sie auf das Bestimmteste, daß das „neue schwarzblaue Kompromiß“ nichts als eine — Entzweiung ist.

Das verirrte Schiffahrtsabgabengesetz. Wie die „National-Zeitung“ erfährt, ist wegen der Veröffentlichung des Gesetzentwurfs über die Schiffahrtsabgaben in der „Kölnischen Bl.“ gegen einen untergeordneten Beamten einer bundesstaatlichen Gesellschaft das Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Auf Beschluß des Bundesrates sollte der Entwurf vorläufig noch geheim gehalten werden. Die Mitglieder des Bundesrates haben auf Verlangen auch versichert, daß sie mit der Veröffentlichung nichts zu tun haben. Die Redaktion der „Kölnischen Zeitung“ hat jede Auskunft verweigert. Der nun in Untersuchung gezogene Beamte hat jedenfalls nicht gewußt, daß diese neue Leistung des Herrn von Veltmann-Hollweg der Öffentlichkeit noch vorenthalten werden sollte.

Freisinnig-nationalliberale Kompromisse. Wie die „Gemeinnützige Zeitung“ berichtet, wurde in einer in Annaberg abgehaltenen Sitzung der freisinnigen und nationalliberalen Partei beschlossen, daß für die Reichstagswahl am 20. Wahlkreis Bischofs-Warzenberg (anstelle des Reformparteilichen Zimmermanns), sowie auch für die Hauptwahl im Jahre 1911 der freisinnige Landtagsabgeordnete Koch-Annaberg, und für den 21. Wahlkreis der Nationalliberale Dr. Stresemann-Dresden, der diesen Wahlkreis jetzt im Reichstage vertritt, als gemeinschaftliche Kandidaten gelten sollen.

Das freisinnig-nationalliberale Kartell ist zweifellos sympathischer als die bisherigen Brückenschläge der sächsischen Nationalliberalen mit den Konservativen. Aber im Wahlkreise Bischofs-Warzenberg wird der „liberale Wad“ sicher keine Vorbeeren ernten.

Antisemitisch-händlerisches Kaspertheater. In der „Schaumb.-Pomm. Landesk.“ befindet sich eine sehr angedeutete Annonce, in der alt und jung, Männer und Frauen, aufgefordert werden, an einem „Niederländisch-Schaumburger Volksfest“ am 10. und 11. Juli in Mitteln a. d. W. teilzunehmen.

Als Attraktionen werden genannt die beiden antisemitischen Reichstagsabgeordneten Pürner und Herzog und Liebermann von Sonnenberg, der Landtagsabgeordnete Generalmajor von Dietrich, der ostpreussische Landtagsabgeordnete v. Levebow, sowie andere Führer der rechtsfeindlichen Parteien und des Bundes der Landwirte aus der Grafschaft Schaumburg, aus Niedersachsen und aus dem ganzen Reich.

Vierermann v. Sonnenberg wird über das schön formulierte Thema „Ehre dem deutschen Vaterland!“, Abgeordneter Herzog über das ebenso schön formulierte Thema „Heil uns in den nationalen Kämpfen“ sprechen. Dann werden Konzertstücke angeklungen, Karussells, Kinematographen, Puppen, Tanz, Kaspertheater, natürlich auch ein Freischoppen, ferner Feuerwerk und prachtvolle bengalische Feuerwerke. Der Versuch wird als dringend nötig hingestellt, um, wie es in der Annonce heißt, „den Gegnern aus den Reihen des Spekulations zu zeigen, daß die Männer der deutschen Arbeit in Stadt und Land auf dem Boden sind“. Eintritt 20 Pf.

„Auf dem Fest“ am Krentow und Kaspertheater ist gut. Vierermann erkennt in allen Tagen seinen eigentlichen Beruf. Abschaffung der Kassenärzte und Einführung der freien Arztwahl? Wie der Leipziger Korrespondent der „Voll.“ aus Krenzler teilt, die mit den linksliberalen Vertretern der Reichsversicherungscommission eine Abklärung, haben erfahren haben will, ist es den linksliberalen gelungen, in der Kommission eine Mehrheit für die Abschaffung der Kassenärzte zu bilden und die allgemeine freie Arztwahl in das Gesetz hineinzubringen.

Wir möchten hinter diese Nachricht noch ein kleines Fragezeichen machen.

Frankreichs Hofnung. Im Pariser „Gaulois“ veröffentlicht General Pennal einen Artikel über die Aussichten Frankreichs im Falle eines Krieges mit Deutschland. Aus dem sehr optimistisch gehaltenen Artikel geht der „Voll.“ folgendermaßen wieder:

„Die Verfechter der Armeen wäre nicht bedeutend, wenn der Krieg morgen ausbräche; aber sie könnte es werden, falls eine Hebelgelegenheit eines der Oberbefehlshaber, die einander gegenüberstehen würden, hervorträte. Die Deutschen haben einen Vorteil zum Generalstabchef, der von seinem Onkel nicht als den Namen hat, und wenn der Kaiser Wilhelm es sich belommen ließe, selbst die Operationen zu leiten, so wäre das für uns das glücklichste Ereignis.“

Der „Voll.“ meint, daß auf diese Stelle des Generalstabchefs „besonders hinzuweisen“ ist, umso mehr als General Pennal den Kaiser Wilhelm II. persönlich kenne und oft von ihm freundlich empfangen worden sei.

Trochender Volkstanz mit Frankreich. Als der famose Schanzel im Reichstage die Forderung aufbrachte, daß die Regierung ein, die in dem Verlangen gewillt, gegen Deutschland Verordnungsmaßnahmen zu ergreifen. Aufstehend hatte selbst die Regierung eines Veltmann-Hollweg erkannt, daß Frankreich den deutschen Export über die Grenzen schlagen kann, und die Durchführung der Zollhöherung unterbleiben müßte. Am 1. Juni teilte nun der „Reichsanzeiger“ ganz unvermittelt mit, daß an diesem Tage die feinerzeit beschlossene Zollhöherung in Kraft getreten ist. An dem Export nach Frankreich ist besonders die deutsche Spielwarenindustrie stark betroffen und es liegt nahe, daß die Franzosen zunächst gegen diesen Exportartikel Repressalien üben werden. Dadurch werden weite Arbeiterkreise, die an sich schon ein kümmerliches Dasein zu führen genötigt sind, in der denkbar schmerzlichen Weise getroffen.

Ein neuer Harden-Prozess. Gegen den Schriftsteller Maximilian Harden ist wegen eines Artikels in der „Zukunft“, in welchem die Altesseiner Ähre behandelt wurde, Anklage erhoben worden. Der „Voll.“ redet der Staatsanwaltschaft zu, diese Anklage fallen zu lassen, damit das Ansehen des deutschen Volkes, in dem Augen des Auslandes nicht leidet. Das Blatt läßt durchblicken, daß Harden Bemerkungen stellen würde, durch welche das Altesseiner Drama neuerdings vor aller Welt ausposaunt werden müßte. Ob die vom „Voll.“ verdrückte Verurteilung der Staatsanwaltschaft und der Gerichte Erfolg haben wird, muß sich schon in der aller nächsten Zeit zeigen.

Schutz dem Kaiserbildnis. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die vom Bundesrat erlassenen Vorschriften über die Herstellung von Medaillen und Marken zu Reklame- und sonstigen Zwecken, in denen namentlich das Verbot enthalten ist, das Bildnis des Kaisers oder eines Bundesfürsten auf Medaillen anzubringen.

Die Städte gegen die Vermögensüberwachungs-Verordnung des Reichstages. Die Reichsversammlung, in der Form, die sie in der Kommission erhalten hat, bei der Regierung und beim Reichstag Protest zu erheben. Es wird die glatte Ablehnung der Vorlage verlangt.

Ein neuer Wertprozess in Kiel. Gegen die im Kieler Wertprozess freigesprochenen, Magazinredakteur Heinrich und Kaufmann Nevening jr. hat jetzt der Militärtribunal eine Schadenersatzklage in Höhe von 24.000 Mark angehängt. Der Tribunal leitet seine Ansprüche aus dem Geständnis des vor einem Jahre vom Schwurgericht verurteilten und jetzt in der Strafanstalt Kempten unter befristeten früheren Aufseher Kanrowski, der erhebliche Mengen Del auf der Wert verbrannt und an dem verstorbenen Kaufmann Nevening sen. verkauft habe.

Ausland

Die Studentenkrawalle in Lemberg.

Von anderer Seite werden die in Wiener Blättern enthaltenen Behauptungen, daß es während der gestrigen Unruhen in der Lemberger Universität zu Zusammenstößen zwischen russischen Studenten und der Polizei gekommen sei, daß die Studenten Revolverstücke gegen die Polizei abgefeuert, daß die Polizei mit blauer Waffe gegen die Studenten vorgegangen sei, als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Ferner sei es unrichtig, daß die Krawalle auch nach dem Einschreiten der Polizei noch fortgedauert und schließlich einen derart effizienten Charakter angenommen, daß Militär requiriert werden mußte und daß 200 Demonstranten in das Universitätsgebäude zurückgedrängt wurden. Die Polizei hat überhaupt keinen Gebrauch von der Waffe gemacht, es wurde bloß gedroht, daß, wenn die Studenten Schüsse abgeben sollten, auch die Polizei schießen würde. Nach dem Einschreiten der Polizeimannschaften hörten die Krawalle sofort auf. Es wurde auch kein Militär requiriert; erst später nahm auf der Straße eine Abteilung Soldaten Aufstellung, um Aufständigen zu verhaften. In der Stadt herrschte am Sonnabend vollkommen Ruhe. Die Unruhen sind als weiteres geschlossen, es finden nur Festnahmen statt.

Der akademische Senat tritt nach Aufbruch des Professors des Obmannes des Polenklubs Grombinski zu einer Sitzung zusammen, um über die Disziplinarratsentscheidung gegen die an den gestrigen Ereignissen beteiligten Studenten zu beschließen. Das Besondere der Verurteilung, deren Zahl jetzt auf 20 angegeben wird, ist verhältnismäßig gering, da es sich hauptsächlich nur um leichte Strafpflichten und Geldstrafen von höchstens 10 Rubel handelt. Die Studenten erklarten jedoch schwerere Verletzungen. Das Gericht von zwei weiteren Todesfällen bestätigt sich nicht.

Sonnabend Nachmittag fand sich in der Universität eine Gerichtscommission ein, um einen lokalen Augenblick vorzunehmen. Sie stellte fest, daß bei dem blutigen Studentenaufstand die russischen Studenten allein Revolverstücke abgefeuert hätten. Bei den Demonstrationen wurde eine 86-jährige Frau im Gedränge erdrückt. Ein Arbeiter, welcher die Demonstranten daran hindern wollte, ein russisches Schilder von der Wand zu reißen, wurde blutig geschlagen und erlag seinen Verletzungen.

Vom spanischen Kulturkampfkapitel.

Die Kirche beharrt auf ihrer Haltung unerschütterlicher Intoleranz und Aufsehnung gegen die Staatsgewalt. An energischem Widerstand und klug erfonnenen Kundgebungen fehlt es dabei natürlich nicht. Dem Protest des Vatikan und des Erzbischofs von Toledo folgten nun zwei Deputationen „vornehmer“ Art. 54 Bischöfe und 9 Erzbischöfe wurden bei Canalejas vorstellig, um ihn zur Zurücknahme der Regierungserklärungen, die eine freiere Bewegung der „Kreyer“ und eine Unterstellung der Klöster unter das Gesetz zu bestimmen. Der Ministerpräsident blieb den fadenförmigen Gründen wie den Vorhörungen der Herren gegenüber standhaft. Er verwarf die Durchführung der Gesetze und verbat sich die Einmischung der Kirchenfürsten in staatliche Angelegenheiten. Kein größerer Erfolg war den 35 hochadligen Damen beschieden, die erst dem König und seiner Mutter, dann dem Regierungschef ihre Aufmerksamkeit machten. Als ihre lebensschafflichen Ersätze bei dem vberjischen Minister nicht den gewünschten Erfolg hatten, veranfaßten sie eine immerwährende Protestkassandacht, das heißt, sie verbrachten einen ganzen Tag in der Kirche, um durch das ununterbrochene Ableiten derselben Gebete den Himmel zum Schutze des bisherigen kirchlichen Unrechtszustandes anzurufen. Zu der gleichen Haltung hatten sie alle Frauen Spaniens aufgefordert. Inzwischen geht die Regierung, der Protestkundgebungen der Klerikalen, denen natürlich solche der Republikaner und Freidenker entgegengefeht werden, ungeachtet an die Ausführung ihrer Verordnungen. Aus Oviedo in Asturien (Nordspanien) wird berichtet, daß der Gouverneur gegen einen Orden, der im Widerspruch zu dem Gesetz sich niedergelassen, Klage erhoben hat. Und in Gijon hat der Gouverneur die Schließung von 7 Schulen angeordnet, die seit 1900 von dem Orden der christlichen Lehre entgegen dem Gesetz er-

Roland von Berlin.

Roman von Wilhelm Alexis (W. Hüning)

Ich weiß von Städten, wo die freien Bürger sich auch freuten, und den Fürsten darum katen, zu ihnen zu ziehen. Ich weiß von Städten, wo ihre Freiheit ist? Die Schmiede haben sie hinter die Mauer geworfen, die Schlächter in die Winkel am Graben; die Lohgerber, die Seifenkieder mußten von Haus und Hof und weit weg, denn die Kisten bei Hofe vertragen den Gestank nicht. Und da gefiel dem Fürsten ein Haus nicht, verpörrte ihm die Aussicht; das mußte eingestrichen werden; und wie die Bürger künftig bauen sollten und ihre Häuser erstrecken, das ward ihnen vorgeschrieben. Und mußten ihre Gassen mit Steinen pflastern. Falt's ihnen am Ende gar ein, die Steine sollen glatt sein, und muß sie der Steinmetz schleifen! Hier durften sie nicht mehr die Schweineköpfe vor den Türen hängen. Denkt Euch doch das! Dort gar sollten sie nicht mehr vor den Türen Feuer machen, keinen Kessel hämmern und Schuß hören. Man befahl ihnen, die großen Schilde einzuziehen vor den Türen, die Wettertaufen abzunehmen; und noch weit mehr. Man bedeckte sie nicht auf einmal, sondern nachgerade, daß sie nichts in der Stadt zu sagen hätten, sondern der Fürst und der Hof. Der ließ anlegen prächtige Säulen, Brücken, schöne Brunnen, Türme; aber Schöb mußten sie zahlen nach wie vor. Gott weiß, wo er gebüßet. Bei den Patriziern gewiß nicht, die sie vor dem angeklagt, daß sie der Stadt Kosten angriffen. Denn der Fürst hatte seine Kammeriere darüber gesetzt, daß sie die Schlüssel zu sich hielten. Und gellagt hatten die Bürger ehe dem, daß die Patrizier keine Rechenhaft legten, als sich selbst und ihren Gewätern. Ja, wo blieb ich die Rechenhaft! Es sollte mal einer danach fragen in der kirchlichen Kammer. Sie hielten ihn in die Wache und klagten ihn on um Sachverrat. In Summa: die Bürger, schöne Häuser haben sie, aber nicht wie sie wollten, sondern wie der Fürst wollte, und von ihren Patriziern werden sie nicht geplagt, und nicht regiert, aber den Mund dürfen sie nicht auf tun, und wenn sie auf der Straße gehen, treten sie nicht auf wie Ihr, fest und sicher; denn der Boden ist nicht ihre, sondern des Fürsten. Und die Luft, die sie einatmen, ist nicht ihre, sondern des Fürsten. Das hat man sie gelehrt in den Schulen, und sie glauben's. Und noch mal in Summa: sie, die ihre Patrizier anklagten und verjagten, weil die in ihre Rechte griffen, wie sie sagten, die haben ich gar keine Rechte, und sind nicht freie Bürger, sondern wesen als 'Orab' und Barmherzigkeit in der Stadt, so ihre Väter gekau und darin geherricht.

Der die Rede hielt, steht nicht in der Chronik, auch nicht was, die sie hörten, dazu sagten, und was Wirkung sie machte. Mechten's auch die Wirtigen ganz gehört haben; denn wer hört auf Reden, wenn die Sturmgloden klingen! Wo Pöbel Zirobant war, und Konrad Ryle und der Bürgermeister, und noch einige von den Fürstigen, da waren die Streitigkeiten versegnet, und sie brachten vor Luft, auf die Mauer zu steigen. Mechten's auch von den Gewerken vertragen, daß sie's gewesen, die an den Wirtigen geschrien. Die Lohgerber und die Häcker, die Weber und auch die Bäcker, die doch mit nach Spandow geschickt, die schrien und ließen die Stadt und den Rat leben!

Ja, wäre nur nicht der Nebel gewesen, daß keiner den anderen sah. Und wäre Einigkeit unter dem Rale gewesen, daß einer dem andern in die Hand arbeitete, dann hätte ihr Regiment noch lange wahren können. Und hätten sie den Pöbel Zirobant nicht in die Klosterstraße geschickt, wo er nichts tun konnte, als aufpassen, und blieb fern vom Spandower Tor. Der hätte da stehen müssen, und der Kurfürst wäre wohl nicht hinein kommen. Aber so hatten die Knochenhauer sich dahin gemacht; das waren aber auch die einzigen, die sich verstanden, denn die Schneider, die immer einig waren, wo es nur Nebel gibt, die hatten jetzt das Herz in den Hosen, und ließen sich einschüchtern durch solche Reden als die oben, und die Schutzmacher, die waren abgelehnt von ihren Kumpanen, und konnten nicht durch, wie auch Balzer Bobin sich Mühe gab, zu ihnen durchzubringen, und sie zu rufen. Er konnte doch auch vom Tor und den Knochenhuern sich nicht so weit entfernen.

„Ist unser hier zu wenig“, rührte Bars Aufheuern dem Balzer vor unsern Schwibbogen zu. „Das ist all ein Schrei!“

„Habt Ihr nicht auch Keulen?“

„Ist sind trocken. Ist vom Rat haben zu trinken geben.“

„Balzer knirschte: „Daß wir den Sennin nicht haben!“

„Daß Ihr Euch nicht besser vorsehen habt!“ gab's ihm Bars wieder. „In allen Ecken müßtet Ihr Schreier haben, daß die vom Rat nicht durchbringen.“

Nähnein wehten, die Schilde schwannten, denn fünfzig Trompeten schmetterten draußen und klangen wider an den Mauern und Türmen und hallen rückwärts gegen den Wald, und Schall und Widerhall mischten und kreuzten sich, und war's ein Wirrwarr und Lärm, der allen ins Herz schnitt, hüben und drüben der Mauer, und die Krähnen flatterten in die Lüfte und die Habichte um die Türme. Und nun das Muffelgetöse auf dem festgetretenen Schnee, wie wenn eine Herde von vielen Hundert vor dem Wolfe jagt; und nun das Klirren von Erz und Eisen, von Ritzzeug und Harnischen, und das Wiehern von tausend Rossen. Und wie, als von der Erschütterung der Trompeten, und des Puffschlags und des Wieherns, und des Stalls und der Klinge, brach der Nebel ist, und hier ein Riß und dort ein Riß, und man sah's funkeln von hell glänzendem Stahl, von bunten Federn und Fäneln, und der Nebel zerfloß immer mehr und lagerte um die Kliesen, und die Sonne brach vor und flimmerte wider von dem Stahlmeer, und schien auf die Dächer Berlins, als wolle sie noch einmal Abschied nehmen von der freien Stadt.

Seit Berlin und Ostli Mauern von Stein haben, ein so gerüstet Leer stand noch nicht vor diesen Mauern. Denn als Walbemar, der Falsche, einrückte, kamen ihm die Ratmänner bis Tempelhof entgegen und holten ihn ein, vom Berge herüber mit Pfeisen und Weigen und buntem Zeug, und waren's die Mauer selbst, die so einzogen, nicht Feinde. Und von den Guffiken, als die im Lande sengten und brennten, kamen nur kleine Trupps bis ans Oberberger Tor. Wurden mit einem Pfeitregen zurückgeschickt. Und in alten Zeiten, zu der Bayern Herrschaft, als die Beuhser die Polen und die heidnischen Vitauer ins Land rief, Gott sei's geklagt, die wagten sich auch nicht an so große Städte. Die mordeten und plünderten und brannten auf dem flachen Lande; und dazumalen sind so viele ablige Familien in die Stadt gezogen, und sind ihre Wappenschilde eingehauen in die Mauern. Aber ich: sechshundert geharnischte Ritter in Stahl von Kopf bis Fuß, und item ihre Rasse, und Hof und Mann mit hohen Reherbüschen, und über die Rasse prächtige Federn und über die Harnische Wappendeckel und Kettenhemden, die hielten vor dem Spandower Tor. Und hundert Fäneln wehten über den Köpfen, und die fünfzig Trompeten in bunten Räden liefen in ihre Stide, als sollten ihre Lungen prägen. Und zu den sechshundert Rittern noch viele hundert Knechte und was zum Troß gehörte. Und die Rasse, die bäumten sich vor Stolz. War's ein schöner Anblick, wer sich da freuen konnte. Und inwitten der Ritter der Markgraf und Kurfürst auf einem weißen Rosse, mit Fürsten und Herren und Grafen und Prälaten um sich. Was gäbe mancher darum, wenn er so etwas sehen könnte!

(Fortsetzung folgt.)

richtig werden sind. Der Fortschritt ist freigeblieben. Die Presse lobt mit der Heftigkeit gegen die Feinde der altberrigen Kirchenherlichkeit. Dabei hat der Vatikan, der sich ja auch sonst nicht durch Geschicklichkeit in diesem Kampfe auszeichnet und bereits auf eine Protektion eine entscheidende Absicht gehabt hat, ein interessantes Augenmerk gemacht. Ein päpstliches Blatt schreibt, es sei zwar richtig, daß nach dem Worte der Verfassung die Regierung zu ihrem Toleranzgesetz befugt sei. Aber 1876, als die Verfassung verabschiedet wurde, habe die Regierung auf eine Beschwerde der päpstlichen Kurie dieser versprochen, daß sie trotz der liberaleren Bestimmung der Verfassung dennoch die Auslegung, die dem Papste genehm sei, anzuwenden werde. Damit hat die kirchliche Diplomatie selbst eingestanden, daß sie mit der Regierung des Königs Alfonso XII. hinter dem Rücken des Parlaments gemogelt hat. Daß sie nun fordert, eine neue Regierung, die es mit dem Geiste christlicher Gerechtigkeit verbindet, sich an die hinterlistige Erklärung ihrer Vorgängerin zu binden, ist ein starkes Stück.

Antiklerikale Bewegung in Spanien. Telegramme aus Sevilla berichten, daß eine lebhaft antiklerikale Kundgebung dort stattgefunden hat. Während die Katholiken in der Kathedrale von Badajoz versammelt waren, zogen 10.000 Kundgeber nach der Präfectur. Hier übergaben die Führer des Demonstrationen eine Zustimmungsadresse, die die Unterschrift von 15.000 Personen enthielt. Auch die protestantischen Pfarrer haben an Canalejas eine Dankadresse geschickt wegen seiner energischen Haltung. In Madrid fanden am Donnerstag drei republikanische Meetings statt. Mehrere Abgeordnete hielten radikale Reden, worin sie die Republikaner aufforderten, die Regierung in ihrem antiklerikalen Werke zu unterstützen.

Die Annexion Koreas. Gemäß dem kürzlich getroffenen Uebereinkommen zwischen Korea und Japan hat der Kaiser von Korea ein Edikt erlassen, durch das dem Kaiser von Japan die Polizeiverwaltung des Landes übertragen wird. Dies wird als der erste Schritt zur Annexion Koreas betrachtet. Die endgültige Annexion wird zu dem Zeitpunkt erwartet, wo Korea unter dem wirksamen Schutz von Garnisonen steht, die stetig vergrößert werden.

Dem Wahlkreise Waldenburg.

Waldenburg, den 2. Juli.

Ein Dorn im Auge sind unserer lieben Obrigkeit die Arbeiter-Turnvereine, in denen die jugendlichen Arbeiter frühzeitig zum Selbstbewußtsein erzogen werden. In einzelnen Orten des Kreises Waldenburg stehen die Arbeiter-Turnvereine in besonderer Mitle. Das genügt der hohen Obrigkeit, um den Arbeiterturnern ein besonders wachsam Auge zuzuwenden, zumal sich die Arbeiterturner nicht erst den polizeilichen Segen erbitten. Es gehört aber zur Aufgabe einer hohen Obrigkeit, die Nase in alle Töpfe zu stecken, und warum sollte sie sich da nicht für das Gestrübe der Arbeiterturnvereine kümmern. Einige ehrwürdige Polizeihäupter haben denn auch in Nachahmung größerer Beispiele den Arbeiterturnvereinen begr. deren Vorkommen bei Strafe verboten, Turnunterricht an die Arbeiterjugend zu erteilen, was die betreffenden denn auch ausgiebigst Gehorsam vor dem obrigkeitlichen Was unterliehen. Da es aber immer Menschen gibt, die der guten Meinung einer hohen Obrigkeit eine Nase drehen, so war es auch bei den Arbeiterturnern, daß immer ein anderer abgebrühter Sünder den Turnunterricht an die Arbeiterjugend übernahm, bis er selbst auch von dem obrigkeitlichen Verbot ereilt wurde. Die Reakteure des „Vorwärts“ und der „Arbeiter-Turnzeitung“ haben nun öffentlich ausgesprochen, den polizeilichen Verboten eine Nase zu drehen und wurden daraufhin in erster Instanz wegen Aufforderung zu einer strafbaren Handlung verurteilt. Die Berufungsinstanz sprach aber die beiden Reakteure frei, weil die Ministerialverurteilung, auf die sich die Polizeiverbote stützten, nicht anwendbar sei. Der Staatsanwalt wollte aber partout recht haben seine Eigenschaft aller Staatsanwälte und legte Revision ein. Das Reichsgericht hat nun, wie bereits an anderer Stelle gemeldet, die staatsanwaltliche Revision verworfen, so daß nunmehr durch den höchsten Gerichtshof festgestellt ist, daß Polizeiverbote auf Grundlage von Ministerialverboten keine gesetzliche Unterlage haben. Es ist also hinfort auch nicht strafbar, den Arbeiterturnern des Waldenburger Kreises zu empfehlen, auf solche obrigkeitliche Verbote nicht zu geben, inwiefern auch die Polizei einmal etwas verordnen darf, was nichts gilt.

Bei der Aufrichtung des Wahlkreises in Waldenburg ist der Kandidat des Bergarbeiterverbandes, Herr Kandidat von den Katholischen Katholiken, im Wahlkreise Waldenburg 187 Stimmen. Weiterer ist kein gewählt. Bei der Wahl des Ersatzmannes kam der Kandidat des Bergarbeiterverbandes in Konkurrenz. Trotzdem uns die Wahl den Bergarbeitern hat, brauchen wir uns nicht über sie zu kümmern. Bei der Wahl Wahl erhielt der Kandidat des Bergarbeiterverbandes 210 Stimmen. Dagegen am Sonntag die Katholischen Katholiken sich mit den Katholiken verbunden haben, haben diese 55 Stimmen verloren. Während wir uns 90 Stimmen gewonnen haben, vermindert man diesen Kandidat, so braucht uns vor dem im kommenden Herbst stattfindenden allgemeinen Aufruf der Arbeiter nicht zu kümmern.

Mit welcher Heftigkeit verlor man die Wahl der Bergarbeiterverbandes herumlagen muß, bewies am besten wieder diese Wahl. Die Katholischen Katholiken hatten ein Flugblatt herausgegeben, worin sie die Forderungen des Bergarbeiterverbandes, die sie vor reichlich zwei Jahren in Grund und Boden verdammt und für undurchführbar erklärt hatten, ganz einfach wieder abgedruckt und auf die Forderungen als ihre eigenen Forderungen gestellt hatten. In diesem Flugblatt gaben sie zu, daß die unbilligen Zustände im hiesigen Knappschaftsverein schnelle Abhilfe erforderten. Daß die Beschlüsse der Katholischen Katholiken, die unter einer jährlichen Mitgliedschaft Anwalde werden, allerdings geschildert seien, daß bei dem heiligen Stand der Lebensmittelpreise und Wohnungsverhältnissen die Invalidenpension allerdings nicht ausreichte, und daß die von ihnen vorgeschlagenen Kandidaten unter Berücksichtigung der Finanzen und unter möglicher Verminderung von Beitragsbeträgen für Durchführbarkeit des Reformprogramms der christlich-nationalen Bergarbeiterschaft eintreten würden.

Interessant ist bei diesem Sermon, daß die Katholischen Katholiken neben den Reichstreuern nicht mehr wagen, mit ihrer wahren Firma herauszutreten. Wie weit müssen diese Arbeiterorganisationen schon auf den Hund gekommen sein, wenn sie zu solchen Mitteln ihre Zuflucht nehmen müssen. Jedenfalls ist es sehr besorgniserregend für die bisherige arbeiterfreundliche Tätigkeit dieser beiden Richtungen, daß sie es selbst einsehen, wenn sie ihren wahren Namen der Deffenlichkeit unterbreiten, kein Mensch an ihnen Gefallen findet.

Daß den Unternehmerzöglingen die Feststellung in unserem Flugblatt, daß gerade das Zentrum mit seinem Katholischen General, nicht den Drahtziehern der Reichstreuern, im Reichstage alles, was den Bergarbeitern zu Nutzen war, darübergergebrampelt haben, in die Glieder gefahren ist, und daß sie darüber schimpfen und lägen, daß sich die Ballen biegen möchten. Braucht

aus nicht zu wundern. Im Gegenteil. Die dort erteilten Rechte haben, wie das Selbstprodukt jetzt, gefallen, und das genügt. Sehr kurios war es, bei dieser Wahl zu beobachten, wie die Reichstreuern sich die Hilfe der Abmilderung wohl gefallen lassen, wie sie aber bestrebt sind, wenn es nur irgend geht, ihren Bundesgenossen eine Nase zu drehen. Unwillkürlich war man überein gekommen, daß die Reichstreuern den ersten und die Katholischen Katholiken den Reichstreuern den Reichstreuern stellen sollten. Die Katholischen Katholiken hatten auch gewilligt den Reichstreuern, indem sie in der Nummer 26 des „Arbeiter“ schrieben: „Unser Standpunkt ist das Katholische Kaiserliche Wahlrecht.“ Von einem zweiten Kandidaten war dabei keine Rede. Die Reichstreuern natürlich waren schlau genug, in aller Eile auch für den Posten eines Ersatzmannes einen Kandidaten zu nominieren. Was Wunder, daß infolge dessen als Vertreter der Reichstreuern mit Hilfe der Katholischen Katholiken gewählt wurde, als Stellvertreter der Katholischen Katholiken im Reichstag, und dadurch der Reichstreuern in Stich mit unieren Kandidaten kam.

Die Katholischen Katholiken waren nun der Meinung, daß auf diese Strapazen absolut ein Stein errungen werden müßte, und, was sich nicht vermeiden ließ, wie sie nun einmal sind, ließen sie die „Schlesischen Nachrichten“ unterm 29. Juni schreiben, daß der Kandidat der Katholischen Katholiken, die Reichstreuern gegen dem sozialdemokratischen Gewerkschaftler gewählt (!) worden sei. Wie man sieht, diese Leute liegen bei jeder Wahl, ob sie dabei Stimmereifreegen oder nicht, im Nebenfache.

Zum Schluß möchten wir noch an die Knappschaftsverwaltung und die Bergbehörde die Frage richten, ob bei ähnlichen Anlässen dem Turn und Treiben einzelner Beamter der Reichstreuern Einhalt geboten werden wird oder nicht. Auf dem Tiefpunkt war es, daß der mit dem Ministerium der Stimmzettel beauftragte Beamte, der den Leuten nicht etwa, wie es sich gehört hätte, stillschweigend die Zettel austauschte, sondern der sich herausnahm, den Leuten zu sagen, daß sie auf den weißen Zettel den Namen Franz Wöhner, Mittelstraße 3 wohnhaft, und auf den grünen Zettel Damer Hermann Scholz, ebenfalls Mittelstraße 3 wohnhaft, schreiben sollten. Ja, noch mehr. Uns wird berichtet, daß dieser Beamte einzelnen Leuten die Namen der Reichstreuern Kandidaten selbst auf die Zettel geschrieben haben soll. Wir fragen, wie ein solcher Terrorismus, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann, von der Bergbehörde gebuldet? Wenn ja, sind wir gezwungen, uns bei ähnlichen Anlässen gehörig zu wehren zu lassen. Daß es gerade wieder die Reichstreuern sind, wo solches vorkommt, trifft sich besonders schön. Doch sind wir solche Vorurteile von dort her gewohnt, besonders die letzte Zeit hat Zustände (wir erinnern nur an Neichenbach) gezeitigt, welche als bisherige Tageswerke in den Scherben stehen. Es ist schon Zeit, daß diese Tagewerke im „Reichstag“ zu behaupten? Wir glauben es nicht.

In übrigen kann uns die Wahl nicht mißfallen machen, was wir jetzt nicht bekommen konnten, werden wir uns nächsten Herbst bei den allgemeinen Knappschaftswahlen holen. Den Reichstreuern und Katholischen Katholiken rufen wir zu: kommenden Herbst leben wir uns wieder!

Walden. Beim Spiel in den Brunnen gestürzt. Hier das 2 1/2-jährige Söhnchen des Bergmanns Frank. Trotz bald angestellter Rettungsversuche konnte das Kind nur als Leiche geborgen werden.

Nieder-Salzbrunn. Unfall. In Franz Prauses Porzellanfabrik ereilt am Sonntagvormittag der Brennhaus-Arbeiter Wittler dadurch einen Unfall, daß ihm beim Abtragen ein Stoß heißer Kalks mit Schalen auf das linke Knie fiel, wobei er sich eine tiefe Wunde zuzog, die der Arzt vernähen mußte.

Winkelwäldchen. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom 1. und 2. d. Mts. brachen Diebe durchs Fenster in den Laden des Fleischermeisters Kammler in Dorfbach und raubten dort sämtliche Fleisch- und Würstwaren, sowie 5 Mk. bares Geld. Der Wirt Franz Krause in Dorfbach wurde die Wäsche, die unweit vom Hause zum Weichen lag, gestohlen. Auch in zwei anderen kleinen Geschäften hatten die Diebe verfrucht, einzudringen, jedoch ohne Erfolg. Da der Schaden für den Fleischer ein großer ist, ließ man einen Polizeihund von Dittersbach kommen. Dieser Hund verfolgte eine Spur bis nach Schleißhalsbergen, wo er dann die Spur verlor. Die Diebe konnten also nicht ermittelt werden.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Schweidnitz, 1. Juli. Aus dem kommunalen Dreiklassenparlament. Die Versammlung genehmigte zunächst die vorgelegte Kammerrechnungen für das Jahr 1908. Einnahme und Ausgabe balanzieren mit 2.370.449,03 Mark; es wurden 671,41 Mark nachbewilligt. Die Abrechnung ergab einen Ueberschuß von 88.730,29 Mark, gegenüber dem Vorjahre ein Plus von 45.179 Mark. Wie der Referent, Mittel-Schweidnitz, S. 11, berichtet, steigt bei der Ueberschuß im wesentlichen aus Mehrerträgen der Steuern und den Einnahmen der Gas- und Fortifikation zusammen. Die ebenfalls zur Entscheidung vorgelegte Fortifikationsrechnung balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 125.133,67 Mark. Der Referent hat die Höhe von 18.939,99 Mark erreicht. Bei der Fortifikation beträgt der Ueberschuß 88.950,59 Mark, das sind gegenüber dem Vorjahre mehr 7050 Mark. Nachbewilligt mußten werden 4971,25 Mark; nach dem Referenten sind es neben erhöhten Ausgaben für Ausgaben auch die erhöhten Arbeitslöhne, die an dieser Ueberschußrechnung die Schuld tragen. — Die Versammlung genehmigte sodann den Ankauf des alten Hofplatzgrundstückes zum Preise von 15.000 Mark, nachdem Schmeißmeyer Hoffmann sich gegen den Ankauf ausgesprochen hatte; ihm war der Preis zu hoch. — Eine Änderung des Fluchtlinienplanes zwischen der Vorwerk- und Striegauerstraße liegt der Versammlung zur Genehmigung vor. Es ist beabsichtigt, zu den zwei Straßeneinfassungen in den Uffenbachdamm der Straße Adrians-straße noch eine weitere hinzuzufügen, wie dies ursprünglich projektiert war. Die Versammlung erteilte zu beiden Vorlagen ihre Zustimmung. — Einem Antrage des Magistrats, bei den hiesigen Pölschulen die Einführung des siebenstufigen Systems und die Einrichtung einer Pflegschaft für schwach begabte Kinder zu genehmigen, wurde nach längerer Debatte entsprochen. Auf eine Anfrage aus der Versammlung teilte Oberbürgermeister Raewel mit, daß den Eltern ein Einpruchsrecht nicht zusteht, wenn ein Kind oder mehrere gemeinschaftlich die Ueberweisung schwach begabter Kinder in die Pflegschaft für notwendig erachteten. Wir halten diese Beschränkung des Elternrechts in der sozialen Sache denn doch für zu weitgehend und daher für bedenklich, trotzdem unser Stadtoberhaupt diese Rechtslosigkeit als harmlos und unbedenklich, ja sogar als vorteilhaft für beide Teile hinzustellen beliebt. Diese Entziehung der Eltern in einer Frage, wo es sich doch um ihre eigenen Kinder handelt, wirkt geradezu brutal. — Die Versammlung bewilligte noch 100 Mark, damit ein Vertreter aus hiesigen Handwerkerkreisen die Brüsseler Weltausstellung besuchen kann; es wurde aber vom Magistrat gewünscht, daß auch die Innungen in den Beutel greifen möchten.

Ortau (Kr. Nimptsch), 3. Juli. Dem König 3 1/2 Millionen Mark Gehaltszulage, dem Boile neue Steuern und keine Rechte. Ueber dieses zeitgemäße Thema sprach bei uns Genosse Emil Feulitzsch-Breslau in einer auf beachtlichen Volksversammlung. An der Hand eines reichen Materials zeigte der Redner, wie in Preußen das arbeitende Volk ausgebeutet und mit Steuern überladen wird, während da Millionen ohne weiteres im Handumdrehen hingegerben werden, wo keine Not vorhanden ist. Die Ausführungen Neulitzschs wurden mit großem Beifall aufgenommen und mehrere der Anwesenden ließen sich als Mitglieder des Wahlvereins einschreiben. So geht auch hier langsam vorwärts. Nur immer tüchtig weiter arbeiten, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Ottawa, 4. Juli. Fabrikantenraube. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich der Zigarrenmacher...

Wahlrecht und der baltische Element aus Westau werden verurteilt. Die dort erteilten Rechte haben, wie das Selbstprodukt jetzt, gefallen, und das genügt. Sehr kurios war es, bei dieser Wahl zu beobachten, wie die Reichstreuern sich die Hilfe der Abmilderung wohl gefallen lassen, wie sie aber bestrebt sind, wenn es nur irgend geht, ihren Bundesgenossen eine Nase zu drehen. Unwillkürlich war man überein gekommen, daß die Reichstreuern den ersten und die Katholischen Katholiken den Reichstreuern den Reichstreuern stellen sollten. Die Katholischen Katholiken hatten auch gewilligt den Reichstreuern, indem sie in der Nummer 26 des „Arbeiter“ schrieben: „Unser Standpunkt ist das Katholische Kaiserliche Wahlrecht.“ Von einem zweiten Kandidaten war dabei keine Rede. Die Reichstreuern natürlich waren schlau genug, in aller Eile auch für den Posten eines Ersatzmannes einen Kandidaten zu nominieren. Was Wunder, daß infolge dessen als Vertreter der Reichstreuern mit Hilfe der Katholischen Katholiken gewählt wurde, als Stellvertreter der Katholischen Katholiken im Reichstag, und dadurch der Reichstreuern in Stich mit unieren Kandidaten kam.

Am Samstagabend hatte sich nun auch Genosse Albert als verantwortlicher Redakteur unseres Blattes auf Grund seiner Privatklage desselben Fabrikanten vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. Tillaad sagt sich durch die „Vollstreckung“ beleidigt. Der Termin wurde jedoch wegen der Erkrankung des Angeklagten, aber nicht freigegeben, sondern nur, weil seine Kollegen ihm sonst keine Ruhe lassen. Vor den Schöffengericht durfte Tillaad nun wirklich „abpressen“. Er mag sie ruhig alle abzu rauchen.

Ottawa, 3. Juli. Eine Volksversammlung unter freiem Himmel fand heute Nachmittag 3 Uhr auf einer Wiese in der Feldmark Wammoarten statt. Anfangs schien es, als sollte auch diese Versammlung, wie 2 wöchentlich, durch Regenwetter unmöglich gemacht werden, aber wenige Minuten nach 3 Uhr hörte der Regen vorläufig auf und etwa 300 Frauen und Männer zogen aus der Stadt hinaus, um die Rede des Genossen Löbe-Breslau anzuhören, der über das Thema: „Mehr Steuern fürs Volk, mehr Geld für den König“ sprach. Nach etwa einstuündiger Dauer der Rede rückte ein neuer Guß von oben zu schneellen Höhe an. Die Versammlung wurde dadurch gezwungen, sich in einem langen Zuge zur Stadt zurück.

Sirchberg, 4. Juli. Der Arbeiter-Turnverein beabsichtigt, eine Ull-Herren-Niege ins Leben zu rufen. Interessenten werden gebeten, sich am Dienstag, den 12. Juli, also 8 Tage später, als wie in der ersten Bekanntmachung, Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Rosenau“ einzufinden.

Posen, 4. Juli. Bygones in Posen. Auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung steht u. a.: „Verwilligung von Mitteln zur Ausschmückung der Stadt anlässlich des bevorstehenden Besuchs Sr. Majestät des Kaisers“. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung besteht aus Freisinnigen und Polen, trotzdem aber gerade deswegen machen wir unsere Genossen schon jetzt auf diesen Gegenstand der nächsten Stadtverordnetenversammlung aufmerksam.

Neueste Nachrichten.

Der Kampf im Baugewerbe. Leipzig, 4. Juli. Die Maurer beschloßen die Anerkennung des Dresdener Schiedspruches und die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit.

Versammlungen und Vereine.

- Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).** Land-Distrikt 4 (Bezirk Gräbichen, Gr. Mochbren u. Opperau.) Dienstag, den 6. Juli, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Woywisch in Gräbichen. 1. Stellungnahme zu der am 17. Juli stattfindenden Generalversammlung. 2. Wahl des Distriktsführers.
- Land-Distrikt 5 (Bezirk Kleinburg, Krieterm, Sarsfeld, Metzdorf).** Mittwoch, den 6. Juli, Abends 8 Uhr, bei Meißner, Gasthof: Mitgliederversammlung. 1. Jahresbericht des Distrikts. 2. Wahl des Distriktsführers und zweier Revisoren. 3. Wahl eines Bezirksführers in Kleinburg.
- Land-Distrikt 9 (Tschansch).** Mittwoch, den 6. Juli, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder bei Woywisch in Kl.-Tschansch.
- Brieg. Wahlverein.** Die Bezirksführer werden ersucht, am 4. und 5. Juli, Abends 8 Uhr, beim Kaisertr. Friedrichstraße 29, abzurechnen.
- Brieg. Wahlverein.** Mittwoch, den 6. Juli, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung im Saale der „Harmonie“. Genosse Scholch ist anwesend. Tagesordnung wie in der Versammlung bekannt gegeben. Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches.
- Piegnitz. Metallarbeiter-Verband.** Mittwoch, den 6. Juli, Abends 8 Uhr: Vorstand-Versammlung der Krieterm- und Metzdorfer im Gewerkschaftshaus. Die Kollegen der Firma Weyna sind besonders eingeladen.
- Piegnitz. Deutscher Goldarbeiter-Verband.** Montag, den 4. Juli, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung.
- Striegau. Gewerkschafts-Karier.** Dienstag, den 5. Juli: Sitzung in der „Burgelle“ in Gräben.
- Schweidnitz. Gewerkschafts-Bericht.** Dienstag, den 5. Juli, Abends 8 Uhr: Sitzung in den „Drei Tänden“.
- Bunzlau. Große Volksversammlung.** Montag, den 4. Juli, Abends 8 Uhr, im „Kronensaal“. Tagesordnung: „Mehr Steuern fürs Volk und mehr Geld für den König! Kein Wahlrecht für das Volk und für die Arbeiter der Hohn durch die Reichsversammlungsoffiziere.“ Referent Genosse S. I. W.
- Bunzlau. Wahlverein Bunzlau-Süßen.** Mittwoch, den 6. Juli, Abends 8 Uhr, im Gasthof zu den „Drei Tänden“: Generalversammlung.
- Warten. Volksversammlung.** Dienstag, den 5. Juli, Abends 8 Uhr, im Gasthof des Herrn Woywisch. Referent Genosse Stolpe. Die Tagesordnung ist dieselbe wie in Bunzlau.
- Looswitz-Krausitzer. Volksversammlung.** Mittwoch, den 6. Juli, Abends 8 Uhr, im Gasthof des Herrn Woywisch. Referent Genosse Stolpe. Tagesordnung wie in Bunzlau.
- Schmiedeburg i. N. Kombinierte Sitzung des Gewerkschafts-Karier.** Donnerstag, den 7. Juli, Abends 8 Uhr, in den „Drei Tänden“. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Langer-Sirchberg über die nächsten Gewerkschaftswahlen. 2. Bericht über andere sehr wichtige Angelegenheiten.

Aus Oberschlesien.
Der Kammer der National-Polnischen
„Demokraten“.

Die Einführung der national-polnischen Arbeiter über das veränderliche Freiben ihrer Abgeordneten bei der Reichsfinanzreform und namentlich bei der Erhöhung der preussischen Zivilliste gerät allen Anzeichen nach, immer weiter von sich. Vor einigen Tagen beschaffte sich der Nationalverein der polnischen Arbeiter in Zabrze Oberschlesien mit dem Beibehalten der polnischen Landtagsfraktion in Sachen der Erhöhung der Zivilliste, sowie mit dem Verhalten der polnischen Reichsdeputation in Sachen der Finanzreform. Nach einer lebhaften Diskussion wurde der Beschluss gefasst, die polnischen Fraktionen aufzufordern, aus ihren Satzungen die Bestimmungen über die Fraktionskohäsion zu entfernen, damit jeder Abgeordnete nach dem Willen seiner Wähler stimmen kann.

Die polnischen Unabhängigen „Demokraten“ sind selbstverständlich voll Gutes über diesen Beschluss. Es wagen sie einfache polnische Arbeiter, geleitet von ihrem gesunden proletarischen Instinkt, zu verlangen, den für das polnische arbeitende Volk schädlichen Grundsatze der sogenannten nationalen Solidarität in die Kammer zu werfen.

Die Sozialdemokraten können diesen Beschluss nur freudig begrüßen. Er ist ein Beweis für uns, daß in den Köpfen der in nationalitätlicher Denkwelt noch befangenen polnischen Arbeiter zu dümmern anfängt. Von der tatkräftigen Unterstützung anderer polnischen Genossen wird es abhängen, daß der gesunde proletarische Instinkt dieser Arbeiter zum Massendbewußtsein gelangt. Sie werden dann beweisen können, daß ihr Platz nicht an der Seite der bürgerlichen polnischen Fraktionen, sondern in den Reihen der Sozialdemokratie ist.

Matibor, 4. Juli. Ein schweres Unwetter ging, wie schon gemeldet, am Donnerstag Abend über dem Kreise Matibor nieder. In Peterwitz erkrankte bei einem Wolkenbruch im Gemeindefestplatze der Gemeindevorsteher Valentin Vurba.

Kattowitz, 3. Juli. Von der Kunst der Winkelschreiber. Daß die Winkelschreiber in Oberschlesien einen außerordentlich wichtigen Nährboden bieten, haben wir schon öfter geschrieben können. Es ist deshalb nur loblich, wenn die Behörden sich bemühen, diesen Nährboden entgegenzutreten und diesen Winkelschreibern am oberflächlichen Vorgehen auf die Finger zu klopfen. Jeder muß man davon bemerken, daß hier die Behörden nicht die richtigen Wege wandeln. Namentlich ist zu vermeiden die Forderung des Winkelschreibers, wegen seiner am Sekretariat angetrauten Schriftsteller zu sein, selbst oder vor dem Untersuchungsrichter geladen, um darüber zu machen über die Verfertigung des Schreibstiftes, was die Anfertigung des Schreibstiftes angeht. Wenn man sich davon erinnert, wie zu Dresden schon das Arbeiter-Sekretariat daraus zu einem Gewerkschaftsorgan gemacht werden sollte, so kann man sich eines gewissen Verdammnisses über den Zweck dieser Verordnungen nicht entschlagen. Aber noch etwas anderes scheint bei dieser Maßregel recht bedenklich, und möchte wir dies den Behörden zur Berücksichtigung empfehlen. Bei

der leider zu mangelhaften Bildung der oberflächlichen Arbeiter ist es verständlich, wenn diese in dem Glauben, es solle dem hilfsbereiten Arbeiter-Sekretär etwas am Fingere gestiftet werden, sich zu falschen Aussagen verleiten lassen, um durch ihre Aussage dem Sekretär zu helfen. Ist nicht hier die Gefahr der Verfertigung eines Weines oder anderer dergleichen nahe? Würde es da nicht zweckmäßiger, bei dergleichen Untersuchungen von einer Verfertigung Abstand zu nehmen, besonders da durch die Art der Aufmachung der Schreibstifte, Herstellung durch Schreibmaschine, einwandfreier Inhalt und Schließung, die Herkunft meistens kenntlich ist? Den Behörden muß doch auch vor Augen bekannt sein, daß die Verfertigung von Schreibstiften im Arbeiter-Sekretariat kostenlos geschieht.

Dagegen müßte sich das Augenmerk der Behörden noch mehr als bisher auf die ihrem Inhalt nach schon als das Werk eines der oben genannten Winkelschreiber kenntlichen Schreiben richten. Nur was da dem Vorgehen abgenommen wird, können wir wieder einmal an nachfolgender Abschrift eines solchen Nachwerkes der Öffentlichkeit übergeben:

Koselsdorf, den 30. September 1909,
Herrn Abgeordneten Vebel,
Schöneberg.

Wollen Sie so gut sein die Sache an die Gasse zu bringen, nachdem Sie diese geprüft haben, ich schreibe Ihnen nur soviel zu, weil ich so schwach war bin ich ohne allen aus der Werkstatt entlassen, solche Arbeit wie in den Entlasten der Herrn Verate aufgeführt werden, gibt es nicht, auch werden sämtliche Mittel, daß ich schwach schon bin, lesen Sie mein Gewicht und leichte Arbeiten habe ich nicht gelernt auch kenne ich keine, in einem Alter wo ich in meiner Krankheit 80 Pfund.

Arbeiten Sie darüber und ich weiß, daß Ihnen die Sache gelingt.

Mit aller Hochachtung
Jakob Korus.

Was denken Sie über die Zukunft, die haben einen mehrträchtigen Schlachtplan entworfen, da wenn man das einem alten Weibe erzählen würde: dieselbe würde höchstens den Kopf nicken und alle noch herein bitten, damit die Schlachtenwörter keine Angst haben, wenn das was kommen soll, kommen wird.

Mit Gruß
Szegedy.

Bitte Geben Sie, und Altersversicherung ausarbeiten. Dieses wachhalt elastische Schriftstück ist von dem legitimer-schreibenden Excessum auf der Rückseite einer Schiedsgerichtsentscheidung angefertigt worden. Es spricht Bände über unsere oberflächliche Kultur.

Kattowitz, 4. Juli. Neue Wasserleitung. Der Kreis-Ausschuß hat beschlossen, eine neue Hauptleitung von 420 Millimeter im Durchmesser vom Hochbehälter in Wittkow nach Kattowitz legen zu lassen. Mit den Vorarbeiten ist bereits begonnen worden.

Kattowitz, 4. Juli. Zum Grenz-Zwischenfall bei Milowice. Die belgische Vertretung der preussischen und russischen Behörden wegen des Grenz-Zwischenfalls hat ergeben, daß der russische Schmuggler am Sonnabend von dem betreffenden russischen

Grensposten zu Unrecht erschossen wurde, da er sich bereits auf preussischem Gebiet befand. Dem Schmuggler wurde die vordere Schädeldecke durchschossen. Ein Stück des Schädels wurde am Tatorte gefunden. Hierauf wurde der Schmuggler von dem Grensposten durch das Wasser auf russisches Gebiet geschleudert, was Grenzwachen bezeugen bestätigten. Der russische Grenzposten wurde verhaftet.

Da der Erschossene Russe ist, werden sich die deutschen Behörden über diesen Vorfall erst recht nicht aufregen, was dem schon schwer fällt, einen greifbaren Erfolg zu erzielen, wenn ein Deutscher von der russischen Soldateska widerrechtlich erschossen wird.

Radze, 4. Juli. Ein schweres Gewitter entlief sich in der vorigen Nacht hier. Der Sturm und die niedergegangenen Wassermengen haben großen Schaden an den Feldfrüchten, Telegraphen- und Telefonleitungen anrichtet.

Wynowitz, 4. Juli. Beim Redigieren der Genossin des Schmugglers Kähler, eine gewisse Czerneka, plößlich mit durchschrittenem Hals schwerverletzt aufkommen. Der Schmuggler Kähler, bei dem ein blutiges Messer vorzufinden wurde, ist unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet worden.

Katzen, 4. Juli. Vom Eisenbahnunfall gerächt wurde ein Arbeiter, der sich auf der Fahrt nach Slawentz auf der Plattform aufgehalten hatte und heruntergestürzt war. Der Körper wurde an einer tornlosen Masse zertrümmert.

Briefkasten.

A. Weinstraße. Wie Sie Feinspatzen zur Verfertigung von Schreibstiften herstellen, wissen wir nicht. Wir haben auch beim besten Willen keine Zeit, uns um solche Dinge zu kümmern, um darüber Auskunft zu geben. Uebrigens erhalten Sie Verfertigungspatzen in jedem Schreibwarengeschäft für 25 bis 30 Pfennig das Stück.

B. D. Zahlen Sie ruhig die 10 Mark und schreiben Sie dabei, daß Sie wegen der vorliegenden Umstände nicht mehr geben können.

Schickfranz, G. Sozialdemokratie bedeutet eine Gesellschaftsform, die auf gleichen Rechten und Pflichten gegründet ist. Solidarität heißt gegenseitige Verpflichtung und Unterstützung.

Gräßchen. Sie können am Ersten künftigen und am fünften nächsten angestrichen, müssen aber für den ganzen Monat die Miete zahlen.

Andreas, I. Der Vater ist verpflichtet, einer Tochter zur Einrichtung des Haushalts eine angemessene Aussteuer zu geben, soweit er bei Verfertigung seiner sonstigen Verpflichtungen ohne Verbindung seines Vermögens Unterhalts dazu imstande ist und die Tochter nicht selbst Vermögen hat. Die gleiche Verpflichtung hat die Mutter, wenn der Vater vermögenslos oder gestorben ist. Die vermögenslose Tochter hat also auf die Aussteuer einen Rechtsanspruch, 2. Gm 300 bis 400 Mk. 3. Der Vater und die Mutter können die Aussteuer verweigern, wenn sich die minderjährige Tochter ohne elterliche Erlaubnis verheiratet. Dasselbe gilt, wenn sich die Tochter einer Verheiratung schuldig gemacht hat, die die Eltern berechtigt, ihr den Pflichten zu entziehen.

Am 2. d. Mts. gegen 4 Uhr, verschied nach schwerem
nurem Leben unsere liebe Mutter, Schwieger- und Grossmutter,
Schwester und Tante, die Kochin
Berta Klante
im 74. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an
Hermann Auge als Schwiegersohn
nebst Frau und Kindern.
Beerdigung: Dienstag, nach 10 Uhr, von Allerheil. Hospital
nach Gräbchen.
Wagen stehen am Allerheil. Hospital zur Verfügung.

Schauspielhaus
Gastspiele
Maria Mayer.
Dienstag, 8 Uhr
„Die Journalisten“.
Dienstag, 8 Uhr
„Die rote Robe“.
Dienstag, 8 Uhr
Letzte Gastspiele
Maria Mayer
„Manna Vanna“.

„Scala“
Sommertheater
Nikolai-Strasse 27.
Täglich abends 8 Uhr:
3391
Ausgewiesen
Soziales Drama in 4 Akten
von Karl Bötker.
Die Frau Schatz, Böckewitz, 29.
maandag delectation nehm ich jurist und
leibe aktum.
3392
Karl Schubert.

Sommer-Theater
Nichtes Stabliement.
Heute geschloffen.
Morgen zum letzten Male:
Taifun.
Japanisch. Sensations-Schauspiel
in 4 Akten von Melchior.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Grosses Konzert.

Viktoria-Theater
Täglich:
„Breslau!
was sagst Du null“
Neue in 6 Akten mit
Henry Bender.
Anfang 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Feuerversicherung
ionie Lebensversicherung auch
für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Ritterplatz 5, III.
Händler u. Hausierer
leuten Fliegenfänger mit Algenstein
hängen bei 3361

Zeltgarten
Dir. H. Kralstok.
Künstler-Vorstellung
im
Garten.
Entrée
10 Pfg.
Palmengarten.
Dir. H. Kralstok.
Zunnen dazu gebietet
Garten
Frei-Konzert.

Pfänder-Auktion!
Donnerstag, den 7. Juli er. 1891
Wandplatz
Johann **Matthiasstr. 113, I. Et.**
Näherinnen
auf Kostime und Balletts
sowie ein Lehrmädchen
können sich sofort melden 3364
Polenzstrasse 93 a, II. Etage links
Eduard Bernstein:
Die Grundbedingung
des Wirtschaftslebens.
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.
Die Volksschule wie sie ist
von Otto Rühle
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition
und Agenturen.

Konsum-Verein von Ohlau
und Umgegend. C. G. m. b. H., 5th Ohlau.
Zur Ergänzung an den Bericht in Nr. 292 der „Volkswacht“
vom 15. Dezember 1909, über das zweite Geschäftsjahr vom
30. September 1908 bis 1. Oktober 1909.
Geschäftsanteile der Mitglieder:
Beitrag am 1. Oktober 1908 989,00 Mark
Einzahlungen: erlösten vom 1. Oktober 1908 bis
30. September 1909 252,00 Mark
Abzahlungen erlösten vom 1. Oktober 1908 bis
30. September 1909 241,00 Mark
Der Geschäftserlös haben sich demnach vermindert um 11,00 Mark
Die Gesamtsumme betrug am 1. Oktober 1909 400,00 Mark
Die Gesamtsumme betrug am 30. September 1909 411,00 Mark
Der Gesamtsumme hat sich demnach vermindert um 11,00 Mark
Ohlau, den 3. Juli 1910.
Der Vorstand.
Hermann Gewande, Ernst Rogoll.
Der Herr Kassier und Kassenführer sind für vorgang beizutreten. 3394
Die Revisions-Kommission.
Karl Reichen, Wilhelm Weitas.

Albert Wagner
Grosser Räumungs-Verkauf
zu noch nie dagewesenen billigen Preisen: 3240
Weiße Stückerl-Blusen jetzt nur 0,90 Mk.
Mouffline-Blusen auf Sommer jetzt nur 2,90
Wollstoff-Blusen auf Sommer jetzt nur 2,90
Seiden-Blusen 1,50
Wollstoff-Blusen 0,85
Wollstoff-Blusen 2,50
Wollstoff-Jünger 0,95
Tamen-Blender jetzt nur 1,50 Mk.
Stoffm-Blende 2,90
Falten-Büde 4,90
Sanit- Stückerl-Blender jetzt nur 5,90
Mouffline, reine Welle, jetzt nur Meter 0,50
Jmit. Mouffline, wachsch jetzt nur Meter 0,28

Albert Wagner
Friedrich-Wilhelm-Strasse Nr. 26 28
gegenüber der Mittelgasse.
Fertige Herren-, Damen-, Kinder- u. Bettmäde, federdicke
Jackets, Hüden, Hand- u. Taschentücher, Gardinen, Bett-
und Schlafdecken, Strohhüte und Waschtuchend etc.
Räumungs-Ausverkauf
sämlicher Damen-Sommer-Blusen und
Knaben-Wasch-Anzüge zu jedem Preise.
Spezialität: Arbeiter-Banden von 1,10 Mk. an,
Blau Monteur-Blusen von 1,30 Mk. an,
empfehlen in allen Größen 3393
C. Simon, Breslau,
Scheitnigerstrasse 11.

Proletarierkrankheit und
franke Proletarier.
Ein Beitrag zur Hebung der Volksgeundheit von D. Thomas
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

Privat-Handels-Schule
„Barber“
Von der Kgl. Regierung geprüft u. genehmigt
Breslau V, Gartenstr. 57, neben Liebig.
Gegr. 1875. Telephon 2447.
Handelskurse aller Arten.
Erweiterung:
Schreibmaschinenschule!
Unterricht
auf 22 erstklassigen Schreibmaschinen.
Neu eingeführt!
Ausbildung auf 3387
Smith Premier Buchungs-Maschinen
(für Bestellwesen, Fakturierung etc. etc.)
Vollständige Elementarklassen
auf Smith Premier-Maschinen
Kursus für Fortgeschrittene
auf den gebräuchlichsten Systemen.
Honorar: 50 Stk. 10 Mk., 125 Stk. 20 Mk.
Streng methodischer Unterricht im
Tast-System, (auch Blindschreiben
genannt, kein Ab-
wenden der Augen vom Konzept.)
Auf dem „Tast-System“ ausgebildete
Schreiber erreichen bis zu 50% Mehr-
leistung bei grosserer Sicherheit und Ver-
meidung des Verschreibens.
Honorar: 120 Stunden 40 Mk.
einschl. Stenographie 50 Mk.
Anmeldung u. Beginn täglich. Prospekte, sowie
Erläuterungen des „Tast-Systems“ gratis u. franko.


Von Dienstag, den 5. Juli 1910 ab
Großer
Konkurs-Ausverkauf
des Nerlich'schen Konkurses, hier,
Gneissenaufstrasse 18.
Großes Lager aller Arten Kinderwagen, Sportwagen,
Klappwagen, Lieferwagen, Kastenwagen, Leiterwagen,
Puppenwagen, Puppenportwagen, Kinderstühle,
eiserne Bettstellen für Kinder und Erwachsene, Zubehö-
teile zu Kinderwagen, Reiseförbe, Waschtörbe u. a. m. zu
äusserst billigen, aber festen Preisen.
Total-Ausverkauf.